



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

363 (16.8.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-192844](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-192844)

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreis: Im Mannheimer u. Umgebung monatl. einfl. 1.50 für Belegexempl. u. Einlieferung gebitt. 2.75. — Postgeb. Vierteljahr. 4.25, 6.25, 8.25, 10.25, 12.25, 14.25, 16.25, 18.25, 20.25, 22.25, 24.25, 26.25, 28.25, 30.25, 32.25, 34.25, 36.25, 38.25, 40.25, 42.25, 44.25, 46.25, 48.25, 50.25, 52.25, 54.25, 56.25, 58.25, 60.25, 62.25, 64.25, 66.25, 68.25, 70.25, 72.25, 74.25, 76.25, 78.25, 80.25, 82.25, 84.25, 86.25, 88.25, 90.25, 92.25, 94.25, 96.25, 98.25, 100.25. — Ausland: Vierteljahr. 12.00, 6 Monate. 22.00, 1 Jahr. 40.00. — Postgeb. Vierteljahr. 15.00, 6 Monate. 28.00, 1 Jahr. 50.00. — Ausland: Vierteljahr. 18.00, 6 Monate. 35.00, 1 Jahr. 65.00. — Einzelhefte 1.00. — Druck-Verlag: Mannheimer Anzeiger.

Babische Neuzeit Nachrichten

Bezugspreis: 1 Post. Polenzpreis 1.50 RM, and. 2.— RM. — Einzelhefte 1.00. — Druck-Verlag: Mannheimer Anzeiger.

Was will Rußland?

Um Warschau schließt sich der Ring immer enger, in Minsk wird mit den Polen über Friedensbedingungen verhandelt, die den Nachrichten zufolge nicht eben launig sind. Vielleicht stehen wir dicht vor einer entscheidenden Wendung der Krise. Wenn Warschau fallen sollte, welches werden dann die Absichten der russischen Politik sein — nicht nur gegenüber Polen, sondern auch gegenüber der Entente und Deutschland? Die äußere Politik Rußlands, Sowjet-Rußlands, ist in ihren letzten Absichten und Zielen nicht leicht erkennbar, schon deshalb nicht, weil in ihr zwei Strömungen sich begegnen und durcheinandertreiben, die an sich wenig miteinander zu schaffen haben und sich gegebenenfalls auch wohl abstoßen, die weltrevolutionäre und die nationale großrussische. Immerhin kann man wohl drei mehr oder weniger klar erkennbare Richtlinien feststellen und aus solcher Feststellung vielleicht einige Fingerzeige für die Durchdringung des Dunkels der nächsten Zukunft gewinnen. Diese Richtlinien sind folgende: Wiederherstellung der russischen Herrschaft über die sogenannten Randstaaten, Anerkennung der Räterepublik durch die Großmächte, Bekämpfung der englischen Politik in Vorderasien.

Der Friede von Brest-Litowsk hat Rußland die westlichen Randstaaten genommen. Die Ukraine, die Krim, Polen, Litauen, die Baltischen Länder, Finnland machten sich selbständig. Rußland kam sehr schnell von der selbstmörderischen Theorie zurück, daß es den Randstaaten frei stehen sollte, ihre eigenen Wege zu wandeln, selbst wenn ihre Freiheitsbestrebungen bis zur Lösung von Rußland gehen sollten. Rußland brauchte die Randstaaten nicht, denn es kann sie weder zum wirtschaftlichen Aufbau im Innern noch zur Verbindung mit Mittel- und Westeuropa entbehren. Es bedarf der Getreidegebiete und Kohlenwerke der Ukraine, der Häfen von Reval und Riga, der durch Polen nach Europa führenden großen Verkehrsbrücke, weshalb denn auch, wie die Depeschen in der Witzensausgabe zeigten, die Russen eine eigene Armee zur Befreiung des polnischen Korridors abgezwängt haben, deren Warschauer Garnison, Thorn, Polen ist. Was die Zaren in Jahrhunderten durch viele Kriege erobert hatten, kann die Räterepublik nicht hergeben, denn sonst wird sie nicht leben. Ursprünglich ging sie mit dem Gedanken um, mit diesen Staaten Frieden zu schließen und sie als eigene Gebilde anzuerkennen. Hierbei lag die Überzeugung zugrunde, daß diese Neubildungen auf die Dauer nicht dasinständig sein würden, sondern in ein Förderverhältnis zu Großrußland treten müßten, wobei eine mehr oder weniger große Unabhängigkeit in praktischer Hinsicht gegenstandslos war.

Der Krieg gegen Polen hat die Lage wesentlich verschoben. Er löste das russische Nationalgefühl aus und schuf einen Imperialismus an, den die Moskauer Machthaber benutzen, um über die inneren Schwierigkeiten hinwegzukommen und den ermatenden Kräften des durch Druck und Not niedergeworfenen russischen Volkes einen starken Antrieb zu verleihen. Vorbildig ist mit Finnland, Estland, Lettland, Litauen eine Art Friedenszustand hergestellt, der den Russen große Rechte einräumt. Er wird in bezug auf seine Ausgestaltung von dem Ausgang des Krieges mit Polen abhängen.

Die Hauptfrage dreht sich um Polen. Im April 1920 wäre Rußland bereit gewesen, mit Polen Frieden zu schließen, auch Polen als Staat mit freier, nicht vom Bolschewismus beeinflusster Verfassung anzuerkennen. Polen ließ sich durch die Entente, vornehmlich durch Frankreich, bestimmen, eine großangelegte Machtpolitik nach Osten einzuweisen. Es wollte Teile von Weißrußland und Litauen, auch die Ukraine bis zum Gorn und Sibirak haben. Unter Putsch sollte ein unter polnischem Einfluß stehender schwacher Staat geschaffen werden, der den Polen den Machtbereich bis Obeßja sicherte. Hieraus entwickelte sich der Krieg, der Polen in eine verzweifelte Lage brachte. Rußland hat gesiegt und wird Polen seine Bedingungen stellen. Ob sie mit der Erhaltung eines verkleinerten, aber noch selbständigen Polens enden, oder ob Polen früher oder später wieder in Rußland aufgehen wird, werden die nächsten Tage vielleicht schon klar erkennen lassen.

Eng verknüpft mit dem Ausgang des polnischen Krieges ist das Verhältnis zu Rumänien und der Tschekoslowakei. Gegen Rumänien hin ist der Besitz Bessarabiens, gegen die Tschekoslowakei die Einigung über Teile der Ostkarpaten strittig. Hier stehen Machtfragen im Vordergrund, deren Lösung von der militärischen Stellung abhängt, welche Rußland im polnischen Kriege gewinnen wird. In den letzten Tagen ist von einer Reise Kenners nach Prag berichtet worden. Der Berliner Lloyd befragte sich, wie wir am Samstag melden, daß die Tschekoslowakei, Südslawien und Rumänien eine Aktion vorbereiteten, die Ungarn in seiner Existenz stören" wolle. Aus Wien erfahren wir heute, daß eine Union aus der Tschekoslowakei, Südslawien, Rumänien und Oesterreich in der Bildung begriffen ist, die nach außen hin als eine geschlossene Blockade auftreten soll, wenn die Rote Armee versuchen sollte, nach Mitteleuropa vorzudringen, und, um Ungarn niederzuhalten, falls dieses versuchen sollte, bewaffnete Hilfe für Polen zu leisten oder in dem Friedensvertrag vorgesehene Grenzen zu seinen Gunsten abzuändern.

Daß die Ukraine und die Krim in irgendeiner Form mit Rußland wieder vereinigt werden, kann schon jetzt als sicher gelten, wenn schon es wohl nicht ohne Kämpfe abtaufen dürfte. Eine Offensive der Entente von Obeßja aus gegen Rußland hat ebenfalls wenig Aussicht, wie das Eingreifen über Deutschland-Oesterreich oder über Danzig-Memel-Riga.

Der zweite Punkt, die Anerkennung der Räterepublik durch die Großmächte, ist für die wirtschaftliche Stärkung Rußlands von entscheidender Bedeutung. Zurzeit liegen die Dinge nicht günstig, denn Frankreich macht die Anerkennung davon abhängig, ob Rußland die Milliardenanleihen auf sich nimmt, die das französische Kapital zur Gewinnung des russischen Bundesgenossen zum Weltkrieg hergegeben hat.

Zugunblich hat die Entente die Anerkennungsfrage deshalb vertagt, weil der polnische Krieg vom Standpunkt der Entente aus ein militärisches oder wenigstens ein politisches Eingreifen gegen Rußland wünschenswert erscheinen läßt. Ob die Nichtanerkennung seitens der Entente ein genügend starkes Zwangsmittel gegen Rußland bilden wird, um es gegen Polen nachgiebig zu stimmen, bezweifeln wir, bezweifeln wir um so mehr, als die Frage ja gerade im Augenblick große Verwirrung im Lager der Alliierten selbst angerichtet hat dadurch, daß die Franzosen die Frage der Anerkennung des Generals Wrangel aufgeworfen haben. Sie ist noch nicht gelöst. Heute steht die Sache so, daß noch weiter verhandelt wird. Amerika ist zwar mit Frankreich darin einig, daß man die augenblicklichen Herren von Rußland nicht als eine Regierung anerkennen könne, mit der man diplomatische Beziehungen unterhalte, könne, hält aber die Anerkennung des Generals Wrangel anscheinend nicht für zweckmäßig. Also: England und Frankreich sind sich nicht einig, aber auch Amerika und Frankreich stimmen nicht ganz zusammen. Diese verschiedenen Unstimmigkeiten haben für Rußland die Bedeutung, daß die Alliierten an einer entschiedenen und beschleunigten einheitlichen diplomatischen Aktion gegenüber Rußland gehindert sind. Wir sehen denn auch Rußland ganz unbekümmert seine militärischen und politischen Wege wandeln.

Von großer Bedeutung ist endlich die äußere Politik Rußlands in Asien. Es ist den Russen gelungen, die drei selbständigen Staaten Georgien (Istis) Armenien, Aserbeidjan (Wolau) dem Räteystem zu gewinnen und hiermit den englischen Einfluß auszuschalten. Für England bedeutet dies einen schweren Schlag, denn die Felder von Baku sind von höchster wirtschaftlicher Bedeutung für Englands orientalische Interessen. Wie weit die Verträge der Bolschewisten gediehen sind, mit den Nationaltürken unter Kemal, mit den Kurden durch Enver Beziehungen anzuknüpfen und sie praktisch auszuwerten, ist nicht mit Bestimmtheit zu erkennen. In Nordpersien hat sich bei Reich unter russisch-bolschewistischem Einfluß eine klare persische Nationalrepublik gebildet. Turkestan ist in russischem Besitz, dagegen hat Rußland den ostindischen Pufferstaat zwischen Kalkasse und der Küste des Stillen Ozeans dem japanischen Einfluß überlassen müssen.

Unser kurzer Überblick zeigt, daß sich die Frage der äußeren Politik Rußlands sehr weit verzweigt und von großem Einfluß auf die Gestaltung der Weltverhältnisse sein wird. Wir Deutsche haben alle Ursache, auch in unserer durch die Auswirkungen des Versailler Friedens bedrückten Lage die volle Aufmerksamkeit auf Rußland zu richten. Was dort vorgeht, wird von großem Einfluß auch auf die Gestaltung unserer Angelegenheiten sein.

Die Schlacht vor Warschau.

Berlin, 16. Aug. (Von unj. Berliner Büro.) Aus Warschau wird berichtet: Der gestrige 14. August darf wohl als der erste Tag der Schlacht von Warschau bezeichnet werden. Die Russen hatten an diesem Tage die Linie Rowomiesko — Zegrze — Radzimin — Glusze erreicht. Von dieser Linie aus sollte die 30. und 16. Sowjetarmee zum Angriff übergehen. Den Berichten zufolge verlief dieser erste Schlachttag für die Polen sehr günstig und dieser Tag habe bewiesen, daß die Besetzung von Warschau doch nicht so leicht ist, als wie man sie sich vorgestellt hatte. Die russische Offensivkraft gestern zu messen Male von den Polen zum Stehen gebracht worden. Es bleibt jetzt eben abzuwarten, ob und wie lange die Polen standhalten.

London, 16. Aug. (B.B.) „Daily Express“ meldet aus Warschau, daß mindestens 300 000 Einwohner die Stadt bereits verlassen haben. Die französische und englische Militärmission befindet sich immer noch in der Stadt.

Der polnische Heeresbericht.

Kopenhagen, 16. Aug. Nach einem Telegramm aus Warschau meldet der polnische Heeresbericht: Im Norden neben die Bewegungen des Feindes ist in der Richtung auf Modlin-Jagrze Schwache bolschewistische Kavallerieabteilungen werden aus Sirpc gemeldet. Starke Abteilungen bolschewistischer Infanterie griffen Rastels-Pionst an, wurden aber zurückgeschlagen. Im Zentrum sind unsere Heere im Begriffe, sich zwecks Verteidigung der Hauptstadt umzugruppieren. Sie haben hier nur geringe Führung mit dem Feinde. Nordöstlich Dublin vielen unsere Nachbarn am Flusse Tysmenien Angriff des Feindes ab, machten mehrere hundert Gefangene und erbeuteten 3 Maschinengewehre. Auch an der Chaussee Inzowicz-Chotin erst der Feind eine Niederlage und mußte Gefangene und Maschinengewehre zurücklassen. Die Kavallerie Aufmarsch zeigt Infolge unseres Widerstandes keine Lust, weiter vorzurücken. Rängs des Seretb und der Stryp drückte feindliche Angriffe, die abge schlagen worden sind. Bei Horodysze hielten die Bolschewisten sich eine außerordentlich schwere Niederlage.

Die Verhandlungen in Minsk.

Paris, 16. Aug. Havas berichtet aus London: Die „Times“ glauben zu wissen, daß Rabet zum Präsidenten der russischen Friedensdelegation in Minsk ausersehen sei.

Paris, 16. Aug. Die der „Matin“-Berichterstatter aus Warschau meldet, ist die polnische Friedensdelegation gestern nachmittag nach Minsk abgereist, wo sie heute nacht eintreffen wird.

Die russische Regierung verweigert Abänderung der Waffenstillstandsbedingungen.

Paris, 16. Aug. Wie der „Petit Parisien“ aus London mitteilt, hat Kamenev einen Brief an Lloyd George gerichtet, in dem er sagt, angesichts der Saumseligkeit der polnischen Regierung und der Haltung der französischen Regierung, die mit der polnischen Regierung ein Bündnis eingegangen sei, wodurch die Haltung der Sowjetregierung erschwert werde und die darauf hinausgehe, eine internationale Friedenskonferenz zu verhindern, halte es die russische Regierung nicht für nötig, die Waffenstillstandsbedingungen, die der englischen Regierung mitgeteilt worden sind, abzuändern.

Die englisch-französische Spannung.

Die Anerkennung Wrangels.

Amsterdam, 16. Aug. Nach dem „Daily Chronicle“ bestätigte der französische Botschafter in London dem Auswärtigen Amte formell, daß die Anerkennung Wrangels durch Frankreich nicht mit der englischen Mitteilung an Polen betr. die russischen Waffenstillstandsbedingungen zusammenhänge.

Die Opposition gegen den Krieg.

London, 16. Aug. (B.B.) Die Westminster Gazette schreibt in einem Leitartikel: Die Politik der Alliierten in Rußland hat dazu geführt, die Bolschewisten in Rußland zu stärken, alle Kreise der Bevölkerung einschließlich des Mittelstandes und der Militärsten hinter der Sowjetregierung zu vereinigen und eine Art Sowjetismus in der englischen Politik einzuführen. Der letztere Punkt ist nicht weniger wichtig als die anderen. Wenn die Gewerkschaften zusammenkommen und der Aktionsrat zur Beaufsichtigung der gesetzlichen Regierung von ihnen ernannt wird, so muß zugegeben werden, daß in England wie in Rußland ernste Dinge geschehen, die vor zwei Jahren nicht für möglich gehalten wurden. Die Auffassung, daß die Arbeiterführer offene Türen einrannten und die Lage für ihre Zwecke geschickt ausbeuteten, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Unter den Arbeiterführern sind einige sehr geschickte Männer. Sie bemühen die Gelegenheit, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, wobei sie die öffentliche Meinung hinter sich haben.

Es handelt sich hier aber nicht um irgend eine politische Bewegung. Hunderttausende von Männern haben die Schrecken des Krieges am eigenen Leibe erfahren und sind jetzt seit Wochen besorgt, daß die Mißgriffe unserer Staatsmänner sie von neuem in einen Krieg hineinbringen. Hinter diesen Männern stehen ihre Frauen und ihre Eltern und sind entschlossen, das nicht geschehen zu lassen. Hinter diesem allem besteht ein tiefes Mißtrauen der Regierung gegenüber und gegenüber dem Ministerium des Auswärtigen sowie die allgemein verbreitete Auffassung, daß die Parlamente hilflos sind. Seit zwei Jahren verfolgen diese Menschen die Anstrengung der Staatsmänner zum Wiederaufbau der Welt und sehen, daß alle friedlichen Absichten durchkreuzt und vernichtet werden, alte Streitigkeiten und Eifersüchteleien wieder zu Tage gebrochen und die alten diplomatischen Methoden wieder zum Leben erweckt wurden, während die Parlamente offenbar hilflos zur Seite stehen.

Paris, 16. Aug. Mehrere Sektionen der Unifizierten Sozialistischen Partei veranstalteten gestern in der Pariser Banneile Kundgebungen gegen den Krieg, für den Frieden mit Rußland und für die Anerkennung der Sowjetregierung. Es kam zu keinen Zwischenfällen.

Die Wahrung der deutschen Neutralität.

Die Sicherung Ostpreußens.

Berlin, 16. Aug. (Von unj. Berl. Büro.) Die Nachrichten über eine Verstärkung der Reichswehr in Ostpreußen und Oberschlesien werden vom Reichswehrministerium demontiert.

Auf Grund eines Erlasses des Oberpräsidenten in Königsberg werden im Ostpreußen Orts- und Grenzwehren errichtet. Die Organisation ist unbewaffnet und erhält nur im Notfall Gewehre. Die Organisation Eschwich wurde vom Oberpräsidenten verboten. Grenzverletzungen von russischer Seite sind bis jetzt noch nicht vorgekommen.

Zur Frage der Einberufung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Berlin, 16. August. (Von unserem Berliner Büro.) Das Ersuchen der Reichstagssozialisten auf Einberufung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist bisher dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten Dr. Stresemann nicht zugegangen, und der Abgeordnete Hermann Müller-Franken, der von dem Abgeordneten Stresemann ersucht worden war, während seiner Abwesenheit, wenn nötig, den Ausschuss einzuberufen, befindet sich z. Zt. nicht in Berlin. Sollte sich wider Erwarten die Reichstagssozialisten für die Einberufung entscheiden, so ist doch nicht damit zu rechnen, daß der Ausschuss in einigen Tagen zusammentritt, zumal sich auch Minister Simons in Urlaub befindet. Unvorhergesehene Ereignisse könnten natürlich die schnellste Einberufung des Ausschusses zur Folge haben.

Englisches Blutregiment in Irland.

Die jetzt als Wochenchrift erscheinende Genfer „La Feuille“ erhielt von der Pariser Vertretung der irischen Republik, 2. rue Scribe, das authentische, von vier Funktionären der königlichen Polizei beglaubigte Protokoll der geheimen Instruktionen, welche der Colonel Smith, Polizeipräsident der Provinz Munster, an seine Untergebenen herausgab. Das für die englische Denkmalsart gegenüber Irland bezeichnende Schriftstück lautet folgendermaßen:

„Ich habe Euch etwas Wichtiges zu übermitteln, my boys, eine Sache, die man sicherlich nicht im Familienkreise wiederholen darf. Bisher sind den Sinnseiner alle Anschläge gelungen. Nun kommt an uns die Reihe, uns zu beunruhigen! Ich habe mich über die gute Arbeit der Polizei nicht zu beklagen, aber ihre gegenwärtige Stärke reicht nur aus, um die Bleckhäuser zu halten. Dies genügt nicht, denn die Sinnseiner werden, falls wir uns nur auf die Verteidigung beschränken, siegreich bleiben. Wir müssen deshalb die Offensive ergreifen und gegen die Sinnseiner ihre eigenen Mittel anwenden.“

Das Kriegsgericht für ganz Irland dürfte bald in Kraft treten (der Erlass datiert vom 19. Juni 1920) — ich glaube, daß die neue Verstärkung unserer Streitkräfte am 21. Juni beendigt sein wird. Die englische Regierung stellt mir je g-

liche militärische Aushilfe, deren ich bedarf, zur Verfügung. Tausende von Soldaten treffen täglich ein, und man gibt mir außerdem 7000 englische Gendarmen.

Was ich erklären will, ist dies, daß Eure Rolle darin besteht, Eure Kameraden auf den vereinzelt verstreuten Soldaten zu versetzen. Die Soldaten müssen in den großen Städten bleiben, aus folgenden Gründen: 1. Um in der Nähe der Bahnhöfe einlogiert zu sein, behufs möglichst rascher Bereitschaft. 2. Damit sie unter dem Kommando eines tüchtigen Offiziers in geschlossener Stärke vorgehen. Falls der Offizier meinen Anforderungen nicht entspricht, werde ich ihn wegen Unfähigkeit lassen. Wenn ein Polizeiblockhaus eingeweiht wurde, oder wenn das Gebäude den heutigen Anforderungen nicht entspricht, so muß sich die Polizei des für diese Zwecke geeigneten Gebäudes der betreffenden Ortschaft kurzerhand bemächtigen und die Bewohner auf die Straße werfen. Dort mögen sie umkommen! Je mehr ihrer zugrunde gehen, desto besser! Soldaten und Polizisten müssen fortan wöchentlich mindestens fünf nächtliche Streifzüge machen, und zwar nicht nur auf den Straßen und Fahrwegen, sondern auch auf den Seitenwegen. Sie müssen sich dabei in den Hinterhalt legen und jedem Zivilisten entgegenrufen: 'Hände hoch!' Falls die Zivilisten nicht augenblicklich gehorchen, wird Feuer gegeben. Bei dem geringsten verdächtigen Anzeichen habt Ihr die Zivilisten niederzumachen! Es wird Euch passieren, daß Ihr Euch täuscht, es werden da auch Unschuldige fallen. Ein anderesmal werdet Ihr schon die wahren Schuldigen treffen. Je mehr Ihr von der Schutzwaffe Gebrauch macht, ein desto größerer Vergnügen bereitet Ihr mir, und ich gebe Euch die Versicherung, daß kein Polizist jemals bestraft wird, und möge er erschossen haben wen immer!

Was die Häftlinge betrifft, die den Hungerstreik verfolgen, so läßt man sie ruhig im Gefängnisse stehen. Je mehr ihrer umkommen, desto mehr werden wir lachen.

Dies ist vorläufig (1) alles, was ich Euch zu sagen habe. Wir müssen alle Kräfte zusammennehmen, um die Sinnlosen unterzujagen. Wer zu dieser Aufgabe nicht hinreißt, quaequid idq; sun equam idq; idq; qum migt quaequid und er möge lieber um seine Befreiung ansuchen. . . .

Ministerbesuch in der Pfalz.

© Ludwigshafen, 16. August. (Bris.-Tel.) In Begleitung mehrerer Referenten u. a. des Ministerialdirektors von Welser, des Ministerialrates Grafen Dr. Edelmann, des Staatssekretärs Bismarck, sowie des Vizepräsidenten des Reichskommisars für das besetzte Gebiet, Ministerialdirektor von Brand, wollte der Reichsminister Dr. Koch heute in Ludwigshafen. Nach Eintreffen des Ministers im Stadthaus-Süd erfolgte in Anwesenheit des Regierungs-Präsidenten von Chlingensperg eine Besprechung mit den Vertretern des Handels, der Industrie, der Bauernschaft und der Arbeiterchaft.

Nachdem die verschiedenen Vertreter, darunter auch der Schriftführer der Handelskammer Ludwigschafen, ihre Wünsche und Klagen vorgebracht hatten, ergriß der Minister das Wort, um u. a. folgendes auszusprechen:

Es möchte bemerkt, daß die Verammelten nicht erwarten dürfen, daß er ein Füllhorn von Gaben über die einzelnen Wünsche ausschütten könnte. Die Frage der Form der Wirtschaft zu lösen, sei man hier nicht im Stande. Hauptfrage sei, dafür zu sorgen, daß wieder so gut und so viel produziert werde, wie vor dem Krieg. Anders gäbe die Wirtschaft heute unter den Folgen des Krieges und der Durchführung des Friedensvertrages. Dies müßte naturgemäß dahin führen, daß der Einzelne sich nicht mehr so gut nähren kann, wie vor dem Krieg. Es liegt nicht an der Form, sondern an den ganzen Verhältnissen, wenn unsere ganze Wirtschaft zurückgegangen sei. Dazu bedarf es der Zusammenarbeit aller, um Deutschland wieder auf die Höhe zu bringen. Unter den vorerwähnten Wünschen sehe auch die Ernährungsfrage. Den Bauern können wir nicht vorschreiben, was er bauen soll, das schreibe ihm vielmehr sein Boden vor, und danach müsse er sich richten. Die Frage der Ernährungswirtschaft sei bei einem Stadium angekommen, bei dem sich die Zwangswirtschaft nicht mehr so gut ausrichten könnte. Für Getreide und Milch müssen wir so nach und nach erhalten. Wir werden also im schrittweisen Tempo den Abbau der Kriegs- und Zwangswirtschaft vornehmen.

Zur Einfuhr von Lebensmitteln wird der freie Handel mehr herangezogen als wie es bisher der Fall war. Zu den Preisen in den Städten selbst kann er natürlich keine Stellung nehmen. Minister Raumer werde in den nächsten Wochen nach Ludwigshafen kommen und sich dann vielleicht auch dazu äußern. Die Rationierung der Wohnungen

sei ein Notbehelf, der während der Dauer des Wohnungsmangels beibehalten werden muß. Mit dem Bau von Wohnungen muß in dem besetzten Gebiet zuerst begonnen werden. Sehr wichtig sei die Steuerfrage. Es ginge nicht an, daß der Arbeiter keine Steuer bezahlt. Das Vermögen werde bis zu 50 und 70 Prozent, das Kriegsvermögen bis zu 95 Prozent erfaßt. In einem Deutschland das soziale Bösen zu tragen hat, gibt es nur einen Weg, soziale Steuern zu zahlen als nur irgend möglich, denn ein Staatsbankrott würde die Verhältnisse verschärfen, die Sparfassen und die ganze Wirtschaft zertrümmern. Jeder müsse sich klar darüber sein, daß das allergrößte Interesse darin besteht, den Staat zu erhalten. Die Rufforderungenorganisation am Rhein seien überflüssig geworden.

Ob die Ausführungsarbeiten gehalten werden soll, bleibt noch zu erörtern. Es habe sich das Sprichwort heute wieder bewährt: Daß Deutschlands ärmster Sohn (der Arbeiter) auch sein treuester ist. Die Treue und Unerschütterlichkeit zum Reich werde ihre Früchte tragen und man wird in einem einigen Deutschland wieder glücklich sein.

Nach dem Minister sprach Regierungsvizepräsident Chlingensperg, der dem Minister für seine Ausführungen dankte. Von Ludwigshafen aus geht die Reise nach Speyer. Morgen vormittag wird der Minister mit seiner Penionette in Neustadt und Kaiserslautern erwartet. Danach geht die Reise nach Mainz und Wiesbaden und erfolgt dann die Fortfahrt nach Bingen, Koblenz und Köln.

Ludwigshafen a. Rh., 16. Aug. Die 'Pfalz Post' meldet, daß der Streik, bezgl. die Aussperrung der pfälzischen Metallarbeiter beendet ist bis auf die Ludwigshafener Metallarbeiter. Diese beschloßen mit großer Mehrheit die Bedingungen abzulehnen, da sie einen Lohnabbau in sich schloßen, und sind gewillt, zur Verhinderung des Lohnabbaus eventuell in einen Generalstreik einzutreten. Dieser tritt am Mittwoch in Kraft, wenn bis dahin die Differenzen nicht zu annehmbaren Bedingungen beigelegt sind.

Zweibrücken, 16. Aug. Der 'Pfälz Merkur' war auf die Dauer von drei Tagen verboten worden. Das Blatt hatte eine Meldung der badischen Blätter übernommen, wonach über Straßburg i. E. der Belagerungszustand verhängt worden sei. Das Verbot läuft bis zum 16. August.

Zweibrücken, 16. Aug. (Bris.-Tel.) Die streikenden Metallarbeiter haben, nachdem vor acht Tagen die Aussperrung sämtlicher nicht streikender Metallarbeiter erfolgt war, heute vormittag die Arbeit wieder aufgenommen. Die Forderungen sind sämtlich bewilligt. Die Teuerungszulage wird bis zum 1. Oktober fortbezahlt.

Saarbrücken, 16. Aug. Die Saarbrücker Zeitung und die Saarbrücker Landeszeitung erscheinen wieder und zwar unter Aufhebung der Besenjur. Die Verhandlungen werden heute vormittag wieder aufgenommen.

Baden.

Terror. — Der Redakteur auf dem Scheiterhaufen.

B. Konstantz, 13. Aug. In der hiesigen Fabrik in Etodach wurde die Arbeit wegen Arbeitsmangels auf drei Tage eingestellt. Aus diesem Grunde verlangten die Arbeiter, gemeinsam mit den Arbeitern der Schießhütten Fabrik, die Herabsetzung der Preise in den Verkaufsgeschäften um 50 Prozent und setzten diese Herabsetzung auch durch. Die Geschäftsleute mühten die diktirte Herabsetzung anerkennen. Die Folge war, daß nicht nur die notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgüter sofort ausverkauft wurden, sondern auch alle übrigen Waren und Gegenstände waren nach kurzer Zeit mit 50 Prozent Nachlaß 'gekauft'. Die Geschäftsleute, alles keine Geschäfte, haben Schäden bis zu 10.000 Mark. Einige Ermattungs-Demonstrationen fanden auch statt. In der Folge wurde von den Landwirten verlangt, daß diese die Preise um 50 Prozent heruntersetzen. Würde durch die Vermittlung der Bürgermeister die Erklärung der Landwirte in diesem Punkte nicht befriedigend ausfallen, würde zur Selbsthilfe geschritten, die darin bestünde, daß einmal an verschiedenen Höfen ein Feuer angezündet würde. Die 'Stadter Zeitung' nahm gegen derartige Drohungen Stellung durch eigene Meinungsäußerung wie auch durch Aufnahme von Zuschriften. Im Anschluß an einen Demonstrationstag erschienen auf der Redaktion vier Arbeiter und verlangten, gestellt auf die Kassen, den Redakteur zu sprechen. Dabei blieb es nicht, er mußte mitkommen, um der verammelten Masse Rechenschaft abzulegen. Auf einem Holzstohle mußte er Stellung nehmen und der Versammlung einen 'beanstandeten' Artikel vorlesen. Angezündet wurde der Holzstoh nicht, aber man verlangte den Namen des Verfassers. Das wurde abgelehnt, worauf es Beschimpfungen hagedübel regnete. Endlich konnte der Redakteur sich entziehen mit Begleitung von einigen Mann, um den Verfassern zu fragen, ob er seinen Namen nennen dürfe. Auf diesem Wege fand der Redakteur Schutz im Bezirksamt. — Bei einer Versammlung der Bürgermeister der Umgegend, veranlaßt durch die Arbeiter zum Zwecke des

Preisabbaus, wurde der Preis der Kartoffeln um 3 Mark herabgesetzt, der Preis der Eier wurde auf 50 Pf. für das Stück, der Preis auf 80 Pf. für das Liter und der Butter auf 7.50 Mark für das Pfund festgesetzt. Dieser Preis soll nur für die Arbeiterchaft und die Reparaturarbeiten (1) Geltung haben. Wohl aber mühten die Bürgermeister die Erklärung abgeben, daß sie mit diesem Preisabbau einverstanden seien; was weiter geschieht, bleibt abzuwarten.

Angehörigen sind im Bezirk auswärtige Viehhändler tätig, die für Großvieh für das Pfund Lebendgewicht 9 Mark bezahlen. Einige Eisenbahnwagen voll Vieh sollten gestern abgehenden werden. Die Arbeiter setzten durch, daß die Wagen vom Zuge abgehängt wurden.

Braunschweigherstellung aus Ost. © Karlsruhe, 16. August. (Bris.-Tel.) Die Badische Oberversorgung, die bekanntlich im Gegenatz zur badischen Oberversorgungsgesellschaft eine staatliche Verwaltungsstelle ist, hat im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern die Bürgermeister amtlich ermächtigt, den Oberversorgern Genehmigung zur Veranlassung von eigenen Grundbesitz gemauerten Kolonnaden oder auf eigenen Grundbesitz gemauerten sonstigen zu erteilen. Soweit es sich nicht um Obd. der bezeichneten Art handelt, verbleibt es bei der bisherigen Bestimmung, daß die Besuche um Genehmigung des Bauens vor dem Einschlagen des Chieles bei der badischen Oberversorgung in Karlsruhe einzureichen sind.

Letzte Meldungen.

Die Leipziger Technische Messe.

Leipzig, 16. Aug. (Bris.-Tel.) Reichspräsident Ebert und Reichswirtschaftsminister Scholz sind heute vormittag zum Besuch der Leipziger Technischen Messe hier eingetroffen. Im Rathaus, wo sich auch der sächsische Ministerpräsident und mehrere sächsische Minister eingefunden hatten, fand die Begrüßung der Gäste statt, wobei Geh. Kommerzienrat Rosenthal, der Vorsitzende der Zentralstelle der Interessenten der Leipziger Messen, die willkommene Begrüßung und u. a. angeichts der ausländischen Konturen die dringende Notwendigkeit einer Erhöhung der für die ausländische Propaganda vom Reich zur Verfügung gestellten Geldmittel, die augenblicklich 2 Millionen Mark betragen, hervorhob. Redner bat für diese Erhöhung um die Unterstützung der anwesenden Regierungsvertreter. Hierauf ergriff Reichspräsident Ebert das Wort zu einer Rede, in der er versicherte, daß der durch den Kommerzienrat Rosenthal zum Ausdruck gebrachte Appell nicht ungehört verhallen solle.

Im Namen der sächsischen Staatsregierung sagte Ministerpräsident Buch ebenfalls die Unterstützung der sächsischen Staatsregierung für das Meßamt und die Deutsche Industrie zu. Der Direktor des Meßamtes Dr. Köhler behandelte sodann in längerer Ausführungen das noch heute lebhaft umstrittene Problem der Abtrennung der technischen Kreise von der allgemeinen Messenmesse und sprach die Hoffnung aus, daß die gegenwärtige Messenmesse dazu beitragen werde, daß wir aus der wirtschaftlichen Krise einen ordentlichen Schritt hinauswärtigen möchten. Hierauf traten die Gäste einen Rundgang durch den Meßpalast und die Ausstellungen ab. Um 1 Uhr fand ein Festessen unter Teilnahme des Reichspräsidenten und des Reichs- und sächsischen Staatsministers statt.

Bater- und Geschwistermord.

Berlin, 16. August. (Bris.-Tel.) In dem Dorfe Jernitz bei Neustadt a. N. wurde gestern der Chauffeur-Arbeiter Strogon und seine beiden Söhne von 27 und 18 Jahren mit gerammerten Schüssen aufgefunden, während die 25 Jahre alte Tochter mit durchschüttelter Kehle danebenlag. Nach dem Berl. Bot. wurde der Nachmittags des Ortes unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet, während nach der Verhaftung ein weiterer Sohn Strogon unter dem dringenden Verdacht des Vater- und Geschwistermordes sowie sein der Witwenshoffung verdächtiger Freund in Jernitz festgenommen.

Berlin, 15. August. (Bris.-Tel.) Wie die Blätter melden, hat sich gestern vormittag auf der Chaussee Spritz-Berleberg das Automobil des Kaufmanns Vorhards aus Hamburg in voller Fahrt überschlagen. Vorhards und seine Tochter wurden verletzt. Zwei mitfahrende Geschäftsfreunde Vorhards, ein brasilianischer und ein holländischer Kaufmann verbrannten in dem Strafswagen, der Feuer gefangen hatte.

Rio de Janeiro, 16. Aug. (Bris.-Tel.) Der Freistaat Brasilien hat die Oesterreichische Republik anerkannt.

Der Mann mit den sieben Masten.

Roman von Erich Bulffien.

42)

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Doktor Sperl erinnerte sich, daß Karl May im letzten Winter in der Wiener 'Konfordia' einen Vortrag gehalten hatte und lebhaft gefeiert worden war.

Später leitete er diese natürliche Quelle seiner Fähigkeiten, plauderte Görtli weiter, in seine Schriftsteller- und schrieb die vielen Romane, in deren Mittelpunkt immer er selbst als Helden, weiser, kühner, wahrhaftigster und bester Held, zum Teil Wunderdinge verrichtend, steht. Während er in seinen Vorträgen und in Briefen allen Ernstes versichert, tatsächlich alle jene fremden Länder, die er beschreibt, selbst gesehen zu haben, war es in Wirklichkeit nicht der Fall.

Der Staatsanwalt hatte von den Angriffen gegen May gehört und sich ihnen, ohne zu prüfen und prüfen zu können, angeschlossen.

'Ermüde ich Sie, Herr Staatsanwalt?' fragte Görtli bescheiden.

Doktor Sperl verneinte.

'Friedrich Nietzsche hat irgendwo gesagt', fuhr Görtli langsam fort, 'der große Dichter habe eine Nachbarschaft zum Verbrecher. Von Shakespeare behauptet er sogar: Die Kraft zur mächtigsten Realität der genialen Vision sei nicht nur verträglich mit der mächtigsten Kraft zur Tat, zum Ungehören der Tat, zum Verbrechen — sie setze sie geradezu selbst voraus'.

Doktor Sperl kannte diese Stelle bei Nietzsche nicht.

'Friedrich Hebbel' — der Hochstapler schien unerschöpflich zu sein — 'schreibt ungefähr folgendes: 'Daß Shakespeare Verbrecher schuf, bewachte ihn davor, daß er nicht selbst zum Verbrecher zu werden brauchte'.

Sperl fuhr unwillkürlich auf seinem Stuhl etwas zurück, als wollte er an der Richtigkeit dieses Ausspruchs zweifeln. 'Und nun vergleichen Sie, bitte, Hebbels eigene Dramen, in denen er geradezu durch Verbrechen, Blut und Sexualität schreibt'.

Der Ankläger konnte sich vor Staunen kaum fassen. 'Wie ist es möglich', rief er beinahe unwillig hervor, 'daß ein Mensch von Ihrer Lebensweise solche literarische Kenntnisse sammelt?'

Görtli zwuckte mit den Achseln. 'Darf ich nochmals auf Nietzsche zurückkommen? Er kommentiert seinen eigenen erwähnten Ausspruch, wenn er sagt: 'Der Verbrecher ist häufig

genug seiner Tat nicht gewachsen — er verkleinert und verleumdete sie'.

Der Substitut stutzte. 'Aber: Die Advokaten eines Verbrechers sind selten Kräfte genug, um das schöne Schreckliche der Tat zugunsten ihres Täters zu werden'.

Sperl hörte die seltsamen, nie vernommenen Aussprüche in seinem inneren Ohr nachklingen.

'Auch seine Verherrlichung des Raubtieres, der prachtvollen, nach Beute und Sieg listern schweifenden blonden Bestie gehört hierher. — Haben Sie sich mit Lord Francis Bacon befaßt, den manche für Shakespeare halten?' fragte Görtli in einem Atem weiter. 'Der Künstler von England war der große Reformator der Wissenschaften. Aber nur weil sein Charakter so praktisch, so nüchtern und so geschmeidig war, konnte er, glaube ich, die Wissenschaft ebenso praktisch, nüchtern und geschmeidig denken lehren'.

Doktor Sperl verstand das nicht sofort.

'Dieselben Charaktereigenschaften verstricken ihn aber auch in die Schlinge des Verbrechens der richterlichen Rechtschaffenheit, die ihn zuletzt ins Gefängnis führte'.

Dieser Ausgang kannte Sperl aus der Geschichte.

'So anpassungsfähig und dehnbar wie seine geniale allumfassende wissenschaftliche Methode war auch seine Moral'.

Der Ankläger hätte am liebsten die Unterredung abgebrochen, aber er rührte sich nicht.

Görtli fuhr plötzlich, als wollte er dem Substituten die Sache leicht machen, in verändertem humoristischen Tone fort:

'Soll ich Ihnen nach dem Erfahrungssatz Ben Alibas einen Fall erzählen? Der Konstanzer Hans, ein schwäbischer Straßenräuber, gab in der Gefangenschaft ein Verzeichnis von fünfzehnhundert Namen und Beschreibungen damals noch vagrierender Gauner heraus, das den süddeutschen Behörden großen Nutzen gewährte. Hieraus vom Galgen beagnadigt, veröffentlichte er einen grammatischen Leitfaden der Gaunersprache nebst Vokabular. Der Straßenräuber war also Sprachforscher und Schriftsteller'.

Staatsanwalt und Hochstapler lächelten.

Der Kanzleibeamte trat herein und brachte eine Polizeianzeige, die wichtig und eilig sei.

Während der Stellvertreter los, schien Görtli aus seinen Nerven erraten zu wollen, ob diese Wichtigkeit und Eile seiner eigenen Unterredung galten.

Kriminalwachmeister Eichinger zeigte zu den Akten Görtli an, daß die in den ungarischen Erhebungen erwähnte Karita von Bathory zu Frau Oberst von Beroldingen, ihrer

Lante, in der Schumannstraße gemeldet sei. Eine Vernehmung war durch die Polizei noch nicht erfolgt; hierzu wurde der Auftrag der Staatsanwaltschaft abgewartet.

Der Ankläger, von der Eigenart seines Verbrechers bedrückt, atmete auf, daß er selbst wieder in Tätigkeit kommen sollte, und verfügte auf dem Bericht, daß er persönlich die Zeugin vernehmen werde.

Der Kanzlist wurde angewiesen, die Ladung auszufertigen.

'Also wir waren beim sprachforschenden Straßenräuber stehengeblieben' — leitete Sperl lebhaft zu dem Gesprächsstoffe zurück. Die Vernehmung der Zeugin Bathory, so dachte er in diesem Augenblicke bei sich, mußte ja die Untersuchungsergebnisse wunderbar aufstellen. Eine solche Kronzeugin, die den unmittelbaren Eindruck wiedergeben konnte, hatte er sich nicht erwartet.

Der Hochstapler schien mißtrauisch zu sein und ließ sich nochmals nötigen, seinen Gedankengang wieder aufzunehmen.

'Von Goethe erwähnte ich schon einige Worte', sagte er nachdenklich. 'Was ihn auszeichnet, war wohl das wunderbare Maß von Selbstbeherrschung, das ihm immer treu blieb. Und doch soll er einmal mündlich geäußert haben: 'Es gibt kein Verbrechen, zu dem ich nicht schon einmal den Drang in mir verspürt habe'.

Doktor Sperl schüttelte energisch den Kopf; an diesen Ausspruch wollte er wieder nicht glauben. Daß er die Bathory als Zeugin gegen Görtli auszusagen konnte, machte ihn stark und reizte ihn zum Widerspruch.

'Zeigt sich bei Goethe, der sich selbst der Lüge und der Vertreibung abgeneigt bezeichnet', fuhr der Hochstapler wieder unbedenklicher fort, 'nicht der typische Verteilungstrieb des Dichters, der in alle Gestalten zu hüllen sich liebt? Ist er nicht Beililiane, Clavigo, Beriber, Fernando, nicht Egmont, sogar Drest, Tasso, Wilhelm Meister und Faust? Hüßt er sich nicht deutlich in den Schleiern von Wahrheit und Dichtung? Nimmt er nicht allerlei äußere Gestalt an, um, innerlich immer derselbe, sich voll und ganz auszulegen? Sind seine Helden nicht Masten und Vorläuferungen?'

Görtli bemerkte wohl, daß in dem Staatsanwalt mit einem Male eine Gegenwirkung erwacht war.

'Aber was soll ich erst von Friedrich Schiller sagen?' begann er mit fast gekünstelter Lebhaftigkeit. 'Predigt er nicht selbst in unzähligen Variationen die Lehre, daß seine eigene geniale und deshalb vom Zerfließenden nicht freie Kraft vielleicht andere, am Abgrunde hinüberführende Wege gefunden hätte, wenn sie sich nicht in das Kunstwerk 'Die Räuber' hätte projizieren können?'

(Fortsetzung folgt.)

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Die Wirtschaftslage Rumäniens.

Der Staatsvoranschlag Rumäniens für das laufende Finanzjahr schließt mit einem Abgang von einer halben Milliarde Lei. Die Staatseinnahmen sind mit 6,1 Milliarden Lei veranschlagt. Neben 461 Millionen direkter Steuern stehen 1,9 Milliarden indirekte und 575 Millionen Stempelsteuern. Das stärkste Erfordernis weist das Finanzministerium mit 1,27 Milliarden aus, dem dann das Verkehrsministerium mit 1163, das Kriegsministerium mit 900 und das Ministerium des Innern mit 702 Millionen Lei folgen, was auf Mängel in der Organisation der öffentlichen Verwaltung schließen läßt.

Obgleich das Defizit sich in Wirklichkeit nicht erhöhen dürfte, wird das Land in der Lage sein, dieses Defizit erheblich zu reduzieren, wenn die Ernte den gehegten Erwartungen entspricht und Rumänien nicht durch die Westmächte in den russischen Krieg hineingezogen wird. Allerdings ist der Weizenanbau Altruismus um 1,6 Millionen Hektar gegen den Friedensanbau von 4 Millionen Hektar zurückgeblieben, allein Bessarabien, Siebenbürgen und das Banat haben nahezu voll angebaut, während aus der vorjährigen Ernte noch etwa 30.000 Waggons Weizen verfügbar sind; an Mais sind noch rund 50.000 Waggons vorhanden. In den ersten 3 Monaten dieses Jahres wurden ausgeführt (gegenüber 1919): Weizen 228.000 kg (222.820.200) und Weizenmehl 6600 kg (73.255.200); an Roggen (20.762.000), Mais (230.408.800), Gerste (151.571.200) und Hafer (22.730.407) wurde nichts ausgeführt, da die Regierung, um für den Landesbedarf zu sorgen, die Ausfuhr hemmte. Aus der neuen Ernte werden sich jedoch namhafte Exportüberschüsse ergeben, die mit dazu beitragen werden, die im Lande herrschende Geldknappheit zu beseitigen, die folgende Ursachen hat: die allgemeine Preissteigerung, die Unterbindung des Exports und Thesaurierung auf dem Lande. Der Notenumlauf hat auch deshalb bereits 4 Milliarden überschritten bei etwa 20 Milliarden Lei Kriegsschulden.

Der Steigerung der Petroleumausfuhr steht noch die Transportkrise entgegen. Die Ziffern der ersten 3 Monate des Jahres 1920, verglichen mit denen der Jahre 1919 und 1918, sind folgende:

	1920	1919	1918
Teer	3.499.982	—	372.000
Petroleumabfälle	2.229.975	70.000	12.395.000
Raffin. Petroleum	22.425.442	900.490	53.164.000
Benzin	3.665.940	361.531	1.831.000
Mineralöle	600.000	—	23.000.000

Die Ausfuhrziffer des Benzins im Jahre 1920 übersteigt die des Jahres 1918 aus dem Grunde, weil im letzteren Jahre die Benzinausfuhr längere Zeit hindurch gesperrt war.

Ein anderes Bodenerzeugnis, das vor dem Kriege stark ausgeführt wurde, war Holz. Die Ausfuhr, die im Jahre 1913 253.257 Tonnen betrug, sank infolge des Krieges bis auf 145.571 Tonnen im Jahre 1914 und auf 22.927 Tonnen im Jahre 1915. Uebrigens wird die Ausfuhr des Holzes durch die Erwerbung so großer und holzreicher neuer Provinzen, wie es Siebenbürgen und die Bukowina sind, voraussichtlich einen starken Aufschwung nehmen. Die Ziffern der Holzausfuhr in den ersten drei Monaten des Jahres 1920 betragen: Bretter 1.282.956 kg, Harzbaumholz 870.370 kg. In denselben Zeitschnitte des Jahres 1919 wurden an Holz nichts ausgeführt.

Börsenberichte.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 16. Aug. (Draht.) Ungeachtet der ungeklärten politischen Lage blieb die Tendenz zu Beginn der neuen Geschäftswoche fest; allerdings beschränkte sich die Kaufkraft im allgemeinen auf Industripapiere sowie mexikanische Anleihen, die bei lebhaften Umsätzen erheblich im Kurse anwogen. Fest lagen Mannesmann, plus 3/4, Phoenix-Bergbau plus 7/8 und Lothringer Hütte plus 6/8; sonst schwankten die Preisveränderungen in den übrigen Montanpapieren zwischen 1-2%. Schantungbahn wurden höher bewertet, auch Harpener und Nordl. Lloyd erzielten Kursbesserungen. A. E. und Licht u. Kraft wurden lebhaft umgesetzt; Schuckert & Co. setzten etwas niedriger ein, wurden aber im Verlaufe höher gesucht. Chemische Theodor Goldschmidt waren ebenfalls gefragt, während Bad. Anilin einen Rückgang von ca. 4% erlitten. In den meisten Kolonialpapieren war das Geschäft wieder ruhig; Otavi-Minen und Genussscheine gaben etwas nach; Deutsche Südsüdphosphat 1875, Deutsche Petroleum zeigten unregelmäßige Haltung, 1325-1310-1325; Deutsche Erdöl blieben vernachlässigt. Für Casseler Fabrik bestand Nachfrage. Holzmann-Aktien fester, 190-192, Julius Siebel 120, Mansfelder Kuxe 225. Im weiteren Verlaufe wurde das Geschäft ruhiger, und das Interesse konzentrierte sich in der Hauptsache auf Mexikaner; 5%ige Silbermaxikaner wurden 20% gesteigert, 3 1/2%ige Tehuantepec 300; ebenso 5%ige Tamalipas erheblich höher. Bochumer stiegen von 451 auf 464. Ferner lagen Lederwerke Rothe, Strohhof Dresden und Eislerisch-Badische Wollfabrik fest; Bergmannwerke zogen

an. Die feste Haltung hielt bis zum Schluß an, Privatdiskont 4%.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 16. Aug. (Draht.) Das Geschäft war heute nicht besonders einheitlich, doch war bei nicht ganz einheitlicher Kursgestaltung die Grundstimmung ziemlich fest. Stärker trat die Uneinheitlichkeit in der Kursbildung am Montanaktienmarkt hervor, wo wesentliche Steigerungen, wie bei Hoesch, Rombacher und später auch bei Bochumer zu verzeichnen waren und ebensolche Rückgänge bei Harpener und Rhein. Braunkohlen hervortraten. Petroleumwert unterlagen mäßigen Schwankungen. Elektro- und Kalkaktien waren durchweg fester und besonders letztere stärker anziehend. In Schiffahrtswerten herrschte bei Realisationsneigung wieder Geschäftsstille. Als bemerkenswert höher sind Gebr. Böhrer, Hirsch Kupfer und Köln-Rottweiler zu erwähnen. Von Valutawerten waren Baltimore steigend, von Rentenwerten erhöhten Mexikaner und von diesen namentlich Tehuantepec ihren Kursstand ganz erheblich auf die angebliche Wiederaufnahme des Zinsdienstes.

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 16. Aug. (Draht.) Nach einer Auskunft der Reichsgüterstelle kann Hafer bis zum 25. August nicht nur aus den alten Beständen der Händler verkauft werden, sondern diese können auch aus neuen Kufen und Verkäufen erworben und bis zum 2. September abgestoßen werden. Aus diesem Grunde werden Geschäfte und auch die amtlichen Notierungen bis zum 23. ds. Mts. registriert und notiert werden. Die Umsätze waren heute wiederum nicht bedeutend. In Getreide waren die Gebote merklich niedriger. In Hülsenfrüchten blieb das Geschäft ruhig. Amtliche Hafenernotierungen in Mark per Tonne: Loko ab Bahn 2700-2780, spätere Lieferung 2660 bis 2720. Tendenz: fest.

Wirtschaftliche Rundschau.

Veräußerung ausländischer Wertpapiere.

Von den auf Grund der Bekanntmachung vom 26. März 1919 an das Reich abgelieferten ausländischen festverzinslichen Wertpapieren ist namentlich der größte Teil veräußert worden. Da die Festsetzung der Restzahlungen gegenwärtig mit Rücksicht darauf, daß von einigen Gattungen noch Bestände vorhanden sind, über einzelne Geschäfte die Abrechnungen aus Uebersee noch nicht vollständig eingegangen sind, nicht möglich ist, wurde zunächst durch das Reichsfinanzministerium (Stelle für ausländische Wertpapiere) eine weitere, am 2. September a. c. fällige Abschlagszahlung angeordnet. Die Abschlagszahlung erschöpft im wesentlichen die den Einlieferern zustehenden Beträge (mit Ausnahme einzelner Papiere, von denen noch erhebliche Bestände vorhanden sind, wie z. B. 4 1/2% Buen Air-Anl. von 1910). Die künftige Schlussabrechnung ergibt voraussichtlich nur noch geringfügige Restzahlungen. Ueber die Einzelheiten werden die Banken und Bankiers, durch die die Wertpapiere seinerzeit an das Reich eingeleitet wurden, durch ein Rundschreiben der Stelle für ausländische Wertpapiere unterrichtet werden. Für diejenigen Wertpapiergattungen, welche bisher durch weitere Abschlagszahlungen nicht berücksichtigt wurden, und welche sich etwa als einseitig unverwertbar erweisen sollten, ist eine besondere Regelung in Aussicht genommen worden, die den berechtigten Interessen der Einlieferer nach Möglichkeit Rechnung tragen soll. Hinsichtlich einzelner noch unverkaufter Gattungen besteht die Hoffnung, daß die Veräußerung der Bestände baldigst durchgeführt werden kann. Gegebenenfalls werden für diese Gattungen weitere Zahlungen unverzüglich erfolgen.

Neue Zahlungsbedingungen im internationalen Ueberseeverkehr.

Von einer wesentlichen Neuerung auf dem Gebiete des internationalen Zahlungsverkehrs, die anscheinend in weiteren Kreisen noch unbekannt ist, wird Mitteilung gemacht. Internationale Regulierungen erfolgten früher in der Weise, daß die Schiffskonnossemente nebst den zugehörigen Ergänzungspapieren regelmäßig gegen Akzept ausgeliefert wurden — der handelsrechtliche Ausdruck lautete „Dokumente gegen Akzept“ (d/a gleich documents/accept). Neuerdings wird die Gepflogenheit zur Anwendung gebracht, die Konnossemente nur gegen Bezahlung auszuhändigen. Die Bezeichnung lautet dementsprechend d/o gleich documents/payment. Was wir erfahren, sind derartig bezeichnete Traaten wiederholt irrtümlicherweise nach alter Gepflogenheit so behandelt worden, daß die Konnossemente wie früher gegen Akzept ausgeliefert wurden. Da es sich um eine ausdrückliche Vorschrift: „Auslieferung nur gegen Bezahlung“ handelt, können sich gegen eine derartige Erledigung unter Umständen unangenehme Regreßansprüche ergeben. Hinter dieser zunächst unauffälligen Formveränderung verbirgt sich also eine wesentliche Neuerung, nämlich der Übergang zu kürzeren Zahlungsfristen. Das fast regelmäßig übliche „90 Tage nach Sicht-Akzept“ wird durch das Verlangen nach Barzahlung verdrängt.

Neueste Drahtberichte.

Trübe Aussichten in der westdeutschen Industrie.

r. Düsseldorf, 16. Aug. (Draht.) Vom Reichskohlenkommissar ist dem Remscheider Arbeitgeber-Verband, welcher wegen der schlechten Kohlenversorgung der Remscheider Industrie wiederholt vorstellig geworden war, mitgeteilt worden, daß infolge des Spa-Abkommens die Lage der westdeutschen Industrie voraussichtlich sehr schwierig werden würde und daß ein erheblicher Teil der Werke zum Stilllegen kommen müsse.

Im übrigen sind, wie wir hierzu erfahren, Verhandlungen eingeleitet worden, um zu verhindern, daß die Remscheider Industrie wieder, wie in der Vergangenheit, gegenüber den benachbarten Industriebezirken in der Kohlenversorgung benachteiligt wird.

Preisermäßigung für Werkzeuge.

r. Düsseldorf, 16. Aug. (Priv.-Tel.) Der Hacken-Verband in Hagen i. W. hat mit Wirkung ab 12. August die Inlands- und Auslands-Grundpreise um je 100 M pro 100 kg ermäßigt. Die bisherigen Ueberpreise sind bestehen geblieben. Gleichzeitig wurden die Preise für Untergewichte für die besonderen Export-Hacken um je 100 M herabgesetzt.

Der Hämmer-Verband in Hagen hat die bisherigen Aufschläge für das Inland und Ausland auf 200% bzw. 225% ermäßigt.

Waren und Märkte.

Mannheimer Produktenmarkt.

m. Mannheim, 16. Aug. An der heutigen Börse, die recht gut besucht war, herrschte lebhafter Verkehr, ohne daß aber größere Geschäfte zum Abschluß gekommen wären. In Hafer blieben die Umsätze auf greifbare Ware beschränkt und die dafür erzielten Preise schwankten je nach Beschaffenheit und Herkunft zwischen 125-130 M per Zentner ab süddeutschen Verladestationen. Haferflocken wurden ab badischen Stationen mit 370-360 M die 100 kg bezahlt. In Oelkuchen fanden Rapskuchen per sofortige Lieferung zu 150 M ab württembergischen und auf spätere Lieferung per August-September zu 155-160 M die 100 kg ab badischen Stationen Aufnahme. Rapskuchen mit einem Durchschnittsgehalt von 18/22% Protein und Fett waren zu 128-130 M per 100 kg ab süddeutschen Grenzstationen offeriert. Maisölkuchen, ca. 18/20% Protein und Fettgehalt, kosteten 165-200 M und Kokoskuchen, etwa 28/30% Fett- und Eiweißgehalt 175-180 M die 100 kg ab süddeutschen Grenzstationen. Italienisches Reisfuttermehl mit einem Gehalt von 20/24%, kostete 160-164 M die 100 kg ab Friedrichshafen, Rosenheim oder München. Dörrgemüse waren zu ziemlich unveränderten Preisen am Markte. Die Forderungen für gedörrte Möhren stellten sich auf 155-160 M, für Mischungsmühe auf 105-110 M, für Steckrüben auf 120-125 M und für gedörrtes Weißkraut auf 60-65 M die 100 kg ab süddeutschen Stationen. Raufutter lag ruhig, aber behauptet. Gutes, gesundes Wiesenheu ab württembergischen oder bayrischen Verladestationen war zu 27-28 M per Zentner bei prompter Verladung angeboten. Kleehau war zu 33-34 M ab süddeutschen Stationen am Markte. Für Luzerneheu stellten sich die Forderungen (a. Schnitt) auf 30-30 M per Ztr. Stroh war ab norddeutschen Stationen in drahtgeprellter Ware zu 12-13 M per Zentner angeboten. Von Saaten blieb Raps zu 260-270 M, Rotklee zu 860 M, franz. Luzerne zu 1500 bis 1600 M, italienischer zu 1350-1500 M ab süddeutschen Stationen offeriert. Hülsenfrüchte blieben zu Futterzwecken ziemlich gut gefragt, und sowohl Futtererbsen als auch Futterbohnen waren je nach Qualität zu 100-115 M per Zentner am Markte. Ackerbohnen zu Speisewecken aus alter Ernte, geschälte und gesunde Ware, war zu 130-135 M und aus neuer Ernte zu 125-130 M die 50 kg bahrfrei süddeutscher Stationen offeriert.

Geschäftsleitung: Dr. Frh. Goldenbaum.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Frh. Goldenbaum; für Redaktion: H. Weber; für Anzeigen und den übrigen redaktionellen Inhalt: F. H. Franz Richter; f. Handel: F. V. Franz Richter; f. Anzeigen: Karl Dügel. Druck und Verlag: Druckerei Dr. Koch, Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim, E. 6, 2.



Hühneraugen

Hornhaut, Schwelen u. Wurzeln
beseitigt schnell, sicher, schmerzlos
100000 fachtätig
Kukirol Preis M. 2.50
In Apotheken u. Drogerien erhältlich

Kurfürsten-Drogerie, N 4, 13/14, (Königsstrasse)
Kurtoria-Drogerie, Schwesingerstrasse 26. E 614

Frankfurter Börse.

Festverzinsliche Werte.	
10% Reichsanleihe v. 1909/1910	93.90
10% Reichsanleihe v. 1912	93.90
10% Reichsanleihe v. 1913	93.90
10% Reichsanleihe v. 1914	93.90
10% Reichsanleihe v. 1915	93.90
10% Reichsanleihe v. 1916	93.90
10% Reichsanleihe v. 1917	93.90
10% Reichsanleihe v. 1918	93.90
10% Reichsanleihe v. 1919	93.90
10% Reichsanleihe v. 1920	93.90
10% Reichsanleihe v. 1921	93.90
10% Reichsanleihe v. 1922	93.90
10% Reichsanleihe v. 1923	93.90
10% Reichsanleihe v. 1924	93.90
10% Reichsanleihe v. 1925	93.90
10% Reichsanleihe v. 1926	93.90
10% Reichsanleihe v. 1927	93.90
10% Reichsanleihe v. 1928	93.90
10% Reichsanleihe v. 1929	93.90
10% Reichsanleihe v. 1930	93.90
10% Reichsanleihe v. 1931	93.90
10% Reichsanleihe v. 1932	93.90
10% Reichsanleihe v. 1933	93.90
10% Reichsanleihe v. 1934	93.90
10% Reichsanleihe v. 1935	93.90
10% Reichsanleihe v. 1936	93.90
10% Reichsanleihe v. 1937	93.90
10% Reichsanleihe v. 1938	93.90
10% Reichsanleihe v. 1939	93.90
10% Reichsanleihe v. 1940	93.90
10% Reichsanleihe v. 1941	93.90
10% Reichsanleihe v. 1942	93.90
10% Reichsanleihe v. 1943	93.90
10% Reichsanleihe v. 1944	93.90
10% Reichsanleihe v. 1945	93.90
10% Reichsanleihe v. 1946	93.90
10% Reichsanleihe v. 1947	93.90
10% Reichsanleihe v. 1948	93.90
10% Reichsanleihe v. 1949	93.90
10% Reichsanleihe v. 1950	93.90
10% Reichsanleihe v. 1951	93.90
10% Reichsanleihe v. 1952	93.90
10% Reichsanleihe v. 1953	93.90
10% Reichsanleihe v. 1954	93.90
10% Reichsanleihe v. 1955	93.90
10% Reichsanleihe v. 1956	93.90
10% Reichsanleihe v. 1957	93.90
10% Reichsanleihe v. 1958	93.90
10% Reichsanleihe v. 1959	93.90
10% Reichsanleihe v. 1960	93.90
10% Reichsanleihe v. 1961	93.90
10% Reichsanleihe v. 1962	93.90
10% Reichsanleihe v. 1963	93.90
10% Reichsanleihe v. 1964	93.90
10% Reichsanleihe v. 1965	93.90
10% Reichsanleihe v. 1966	93.90
10% Reichsanleihe v. 1967	93.90
10% Reichsanleihe v. 1968	93.90
10% Reichsanleihe v. 1969	93.90
10% Reichsanleihe v. 1970	93.90
10% Reichsanleihe v. 1971	93.90
10% Reichsanleihe v. 1972	93.90
10% Reichsanleihe v. 1973	93.90
10% Reichsanleihe v. 1974	93.90
10% Reichsanleihe v. 1975	93.90
10% Reichsanleihe v. 1976	93.90
10% Reichsanleihe v. 1977	93.90
10% Reichsanleihe v. 1978	93.90
10% Reichsanleihe v. 1979	93.90
10% Reichsanleihe v. 1980	93.90
10% Reichsanleihe v. 1981	93.90
10% Reichsanleihe v. 1982	93.90
10% Reichsanleihe v. 1983	93.90
10% Reichsanleihe v. 1984	93.90
10% Reichsanleihe v. 1985	93.90
10% Reichsanleihe v. 1986	93.90
10% Reichsanleihe v. 1987	93.90
10% Reichsanleihe v. 1988	93.90
10% Reichsanleihe v. 1989	93.90
10% Reichsanleihe v. 1990	93.90
10% Reichsanleihe v. 1991	93.90
10% Reichsanleihe v. 1992	93.90
10% Reichsanleihe v. 1993	93.90
10% Reichsanleihe v. 1994	93.90
10% Reichsanleihe v. 1995	93.90
10% Reichsanleihe v. 1996	93.90
10% Reichsanleihe v. 1997	93.90
10% Reichsanleihe v. 1998	93.90
10% Reichsanleihe v. 1999	93.90
10% Reichsanleihe v. 2000	93.90
10% Reichsanleihe v. 2001	93.90
10% Reichsanleihe v. 2002	93.90
10% Reichsanleihe v. 2003	93.90
10% Reichsanleihe v. 2004	93.90
10% Reichsanleihe v. 2005	93.90
10% Reichsanleihe v. 2006	93.90
10% Reichsanleihe v. 2007	93.90
10% Reichsanleihe v. 2008	93.90
10% Reichsanleihe v. 2009	93.90
10% Reichsanleihe v. 2010	93.90
10% Reichsanleihe v. 2011	93.90
10% Reichsanleihe v. 2012	93.90
10% Reichsanleihe v. 2013	93.90
10% Reichsanleihe v. 2014	93.90
10% Reichsanleihe v. 2015	93.90
10% Reichsanleihe v. 2016	93.90
10% Reichsanleihe v. 2017	93.90
10% Reichsanleihe v. 2018	93.90
10% Reichsanleihe v. 2019	93.90
10% Reichsanleihe v. 2020	93.90
10% Reichsanleihe v. 2021	93.90
10% Reichsanleihe v. 2022	93.90
10% Reichsanleihe v. 2023	93.90
10% Reichsanleihe v. 2024	93.90
10% Reichsanleihe v. 2025	93.90
10% Reichsanleihe v. 2026	93.90
10% Reichsanleihe v. 2027	93.90
10% Reichsanleihe v. 2028	93.90
10% Reichsanleihe v. 2029	93.90
10% Reichsanleihe v. 2030	93.90
10% Reichsanleihe v. 2031	93.90
10% Reichsanleihe v. 2032	93.90
10% Reichsanleihe v. 2033	93.90
10% Reichsanleihe v. 2034	93.90
10% Reichsanleihe v. 2035	93.90
10% Reichsanleihe v. 2036	93.90
10% Reichsanleihe v. 2037	93.90
10% Reichsanleihe v. 2038	93.90
10% Reichsanleihe v. 2039	93.90
10% Reichsanleihe v. 2040	93.90
10% Reichsanleihe v. 2041	93.90
10% Reichsanleihe v. 2042	93.90
10% Reichsanleihe v. 2043	93.90
10% Reichsanleihe v. 2044	93.90
10% Reichsanleihe v. 2045	93.90
10% Reichsanleihe v. 2046	93.90
10% Reichsanleihe v. 2047	93.90
10% Reichsanleihe v. 2048	93.90
10% Reichsanleihe v. 2049	93.90
10% Reichsanleihe v. 2050	93.90
10% Reichsanleihe v. 2051	93.90
10% Reichsanleihe v. 2052	93.90
10% Reichsanleihe v. 2053	93.90
10% Reichsanleihe v. 2054	93.90
10% Reichsanleihe v. 2055	93.90
10% Reichsanleihe v. 2056	93.90
10% Reichsanleihe v. 2057	93.90
10% Reichsanleihe v. 2058	93.90
10% Reichsanleihe v. 2059	93.90
10% Reichsanleihe v. 2060	93.90
10% Reichsanleihe v. 2061	93.90
10% Reichsanleihe v. 2062	93.90
10% Reichsanleihe v. 2063	93.90
10% Reichsanleihe v. 2064	93.90
10% Reichsanleihe v. 2065	93.90
10% Reichsanleihe v. 2066	93.90
10% Reichsanleihe v. 2067	93.90
10% Reichsanleihe v. 2068	93.90
10% Reichsanleihe v. 2069	93.90
10% Reichsanleihe v. 2070	93.90
10% Reichsanleihe v. 2071	93.90
10% Reichsanleihe v. 2072	93.90
10% Reichsanleihe v. 2073	93.90
10% Reichsanleihe v. 2074	93.90
10% Reichsanleihe v. 2075	93.90
10% Reichsanleihe v. 2076	93.90
10% Reichsanleihe v. 2077	93.90
10% Reichsanleihe v. 2078	93.90
10% Reichsanleihe v. 2079	93.90
10% Reichsanleihe v. 2080	93.90
10% Reichsanleihe v. 2081	93.90
10% Reichsanleihe v. 2082	93.90
10% Reichsanleihe v. 2083	93.90
10% Reichsanleihe v. 2084	93.90
10% Reichsanleihe v. 2085	93.90
10% Reichsanleihe v. 2086	93.90
10% Reichsanleihe v. 2087	93.90
10% Reichsanleihe v. 2088	93.90
10% Reichsanleihe v. 2089	93.90
10% Reichsanleihe v. 2090	93.90
10% Reichsanleihe v. 2091	93.90
10% Reichsanleihe v. 2092	93.90
10% Reichsanleihe v. 2093	93.90
10% Reichsanleihe v. 2094	93.90
10% Reichsanleihe v. 2095	93.90
10% Reichsanleihe v. 2096	93.90
10% Reichsanleihe v. 2097	93.90
10% Reichsanleihe v. 2098	93.90
10% Reichsanleihe v. 2099	93.90
10% Reichsanleihe v. 2100	93.90

Berliner Börse.

Festverzinsliche Werte.	
10% Reichsanleihe v. 1909/1910	93.

